

**Ablehnung des aktuellen Entwurfs zur „Sustainable Use Regulation“**

Hannover, 15.11.2023

Sehr geehrte Abgeordnete,

als Agrarausschuss der Niedersächsischen Landjugend e.V., sind wir bzgl. der Planungen zur „Sustainable Use Regulation“ (SUR) sehr besorgt und befürchten, dass das EU-Parlament am 22. November 2023 einem absoluten Verbot der Anwendung chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel (PSM) in allen sogenannten „empfindlichen Gebieten“ zustimmen wird. Wir Junglandwirt\*innen wollen in der Landwirtschaft arbeiten und sehen dort unsere berufliche Zukunft. Wir werden diejenigen sein, die die Konsequenzen solcher pauschalen Verbote langfristig tragen müssen. Unser Ziel ist es, die Natur zu schützen und nachhaltig zu bewirtschaften, damit sie auch zukünftig als Kulturlandschaft und Produktionsgrundlage dienen kann. Diese Ziele sehen wir durch die EU-Pläne stark gefährdet.

In besonderem Maße sind wir beunruhigt, weil der Kommissionsentwurf für viele Höfe langfristig das Ende bedeuten wird. Die geplanten Verbote betreffen mindestens 25 Prozent des Ackerlandes und 45 Prozent des Dauergrünlandes in Niedersachsen. Dadurch wird uns die Möglichkeit genommen, Kulturen wie z. B. vor allem Raps, Rüben, Kartoffeln, Gemüse und Obst, aber auch Getreide angemessen zu schützen. Für daraus resultierende Ertragseinbußen sind keine Ausgleichszahlungen vorgesehen. Die unternehmerische Freiheit, den Anbau auf dem eigenen Hof vielfältig zu gestalten, wird durch das geplante Verbot stark eingeschränkt. Das von der Kommission vorgeschlagene absolute Verbot der PSM in diesen „empfindlichen Gebieten“ soll zwar geringfügig gelockert werden, indem die im Ökolandbau zugelassenen Mittel dort weiter zulässig bleiben sollen. Konventionelle wirtschaftende Betriebe dürfen in diesen Gebieten nicht durch die Hintertür zur ökologischen Bewirtschaftung gezwungen werden. Außerdem ist zum aktuellen Zeitpunkt die Marktsituation für ökologisch erzeugte Produkte bereits an eine Grenze gelangt und würde sich durch diese Maßnahmen weiter verschärfen.

Des Weiteren macht der von der Kommission zur SUR vorgelegte Entwurf alle bisher auf konsensuellem Verhandlungsweg erarbeiteten, kooperativen Bemühungen, wie die des Niedersächsischen Wegs oder der Zukunftskommission Landwirtschaft für eine nachhaltige Landwirtschaft zunichte. Auch zukünftige gemeinschaftliche Bestrebungen für die Umwelt werden dadurch massiv erschwert. Wir Junglandwirt\*innen sorgen uns um Natur-, Arten- und Klimaschutz. Gemeinsam wollen wir diese vorantreiben, nicht aber unter Aufgabe unserer Existenz.

Wir bitten Sie ausdrücklich, dem aktuellen Entwurf zur SUR am 22. November nicht zuzustimmen.

Lars Ruschmeyer

- Sprecher des Agrarausschusses -

Luise Brinkmann

- Sprecherin des Agrarausschusses -

